



Markt Schneeberg

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum:	Mittwoch, 16.03.2011
Beginn:	19:00 Uhr
Ende	20:08 Uhr
Ort:	Rathaus Schneeberg

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Kuhn, Erich - 1. Bgm.

Mitglieder des Gemeinderates

Blatz, Helga
Dolzer, Ralf
Dumbacher, Otmar
Kuhn, Dietmar
Lausberger, Kurt
Loster, Marita
Ort, Hubert
Pfeiffer, Bernhard
Repp, Kurt - 2. Bgm.
Speth, Margarete
Wöber, Ralf

Schrittführer/in

Schmitt, Gabi

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Gemeinderates

Haas, Thomas - 3. Bgm.

aus beruflichen Gründen

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 488 Tekturplan von Andreas Farrenkopf, Hambrunn 1, 63936 Schneeberg
- 489 Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain - 7. Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern
- 490 Verkehrssituation in Schneeberg: Anfragen von Bürgern
- 491 Informationen - Anregungen - Anfragen
- 491.1 Kindergarten Regenbogen: Einweihung am 26.03.2011 und "Tag der offenen Tür" am 27.03.2011
- 491.2 Verschmutzung auf dem Radweg Richtung Rippberg
- 491.3 Friedhof Schneeberg
- 491.4 Bürgerfragestunde

1. Bürgermeister Erich Kuhn eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung des Gemeinderates. Er stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen, und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung gemäß Art. 52 Bayer. Gemeindeordnung (GO) ortsüblich bekannt gemacht worden sind. Der Vorsitzende stellt fest, dass der Gemeinderat somit nach Art. 47 Abs. 2/3 GO beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 488 Tekturplan von Andreas Farrenkopf, Hambrunn 1, 63936 Schneeberg

Sachverhalt:

(zuletzt Sitzung am 24.09.2010, lfd.Nr. 0390)

Der Bauantrag, Neubau eines Einfamilienhauses, von Herrn Andreas Farrenkopf, Hambrunn 1, 63936 Schneeberg, der in der Sitzung des Marktgemeinderates am 24.09.2010 vorgelegen hat, wurde vom Landratsamt Miltenberg nicht genehmigt, da sich der größte Teil des geplanten Wohnhauses außerhalb der Einbeziehungssatzung für den Ortsteil Hambrunn befindet.

Am 25.01.2011 fand bezüglich des Bauantrages eine Ortseinsicht mit Frau Thomasen und Herrn Jaxtheimer (Landratsamt Miltenberg, Baurecht), Herrn Farrenkopf (Vater des Antragstellers) und Bürgermeister Erich Kuhn statt.

Frau Thomasen erklärte den Anwesenden die Rechtslage. Möglich wäre eine Änderung der Einbeziehungssatzung. Das Staatliche Forstamt hat in seiner Stellungnahme vom 14.12.2010 bereits einen Sicherheitsabstand des geplanten Wohnhauses von mindestens 25 Meter zum Wald sowie zusätzlich eine Haftungsausschlussklärung in Bezug auf mögliche Schäden am Wohnhaus gefordert. Eine Teilfläche des angrenzenden Waldgebietes müsste folglich gerodet werden. Als zweite Alternative wird eine Verschiebung des Bauvorhabens in Richtung Nordwesten vorgeschlagen, da hierdurch weiterer Abstand zum Wald gewonnen werden könnte. Nach Möglichkeit könnte hierdurch eine Satzungsänderung vermieden und den Forderungen des Staatlichen Forstamtes entgegengekommen werden.

Das Landratsamt Miltenberg teilte mit Schreiben vom 28.01.2011 mit, dass die Lage des geplanten Wohnhauses somit größtenteils außerhalb der Einbeziehungssatzung und damit im bauplanungsrechtlichen Außenbereich wäre. Als sonstiges Vorhaben würde das geplante Wohnhaus öffentliche Belange beeinträchtigen. Die Darstellung des Flächennutzungsplanes sowie naturschutzrechtliche Belange und eine zu erwartende Bezugsfallwirkung stehen der Erteilung einer Baugenehmigung für das Wohnhaus entgegen. Daher kann das Landratsamt dem geplanten Standort für die Errichtung eines Wohnhauses nicht zustimmen. Herrn Farrenkopf wurde mitgeteilt, dass er jedoch die Möglichkeit habe, den Standort des geplanten Wohnhauses so zu verändern, dass er vollständig innerhalb der Einbeziehungssatzung liegt.

Mit vorgelegtem Tekturplan vom 15.03.2011 wurde nun das Bauvorhaben um ca. 8 Meter in Richtung Nordwesten vom Antragsteller verschoben. Auf Grund der Verschiebung des Bauvorhabens wird gemäß Art. 6 Abs. 2 Bayer. Bauordnung eine Zustimmung zur Abstandsflächenübernahme für 6 Meter durch den Markt Schneeberg als Eigentümer der Fl.Nr. 294 notwendig. Der Bauantrag ist zur Genehmigung an das Landratsamt Miltenberg weiterzuleiten.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt Kenntnis vom vorgelegten Tekturplan. Einwendungen werden nicht erhoben. Die Zustimmung zur Abstandsflächenübernahme für 6 Meter auf Fl.Nr. 294 wird vom Markt Schneeberg als Eigentümer erteilt. Die Unterlagen sind zur Genehmigung an das Landratsamt Miltenberg weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: Ja 12 Nein 0

Sachverhalt:

Mit E-Mail des Regionalen Planungsverbandes, Aschaffenburg, wurde der Gemeinde am 04. März 2011 der Entwurf zum 7. Ausbauplan für Staatsstraßen in Bayern im Hinblick auf die Dringlichkeitsliste vom Regionalen Planungsverband des Bayerischen Untermain zugestellt. Die Gemeinde hat die Möglichkeit, zum aktuellen Planentwurf bis zum 25. März 2011 Stellung zu nehmen.

Im beigefügten Schreiben der Regierung von Unterfranken wird gebeten zu überprüfen, ob die Dringlichkeitseinstufung der aufgelisteten Projekte unserer regionalen Sicht entspricht. Da es sich um den Ausbauplan von Bayerischen Staatsstraßen handelt, ist die Gemeinde nicht unmittelbar betroffen. Indirekt beeinflusst der Bau der Staatsstraßen auch die Verkehrsbelastung der B47 durch Schneeberg. Insbesondere der Ausbau des Kreisels in Kleinheubach lenkt die Verkehrsströme in Richtung Amorbach auf die B47.

Im Übrigen wird in den Unterlagen der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern ausführlich das grundsätzliche Bewertungsverfahren (wie z.B. Nutzen-Kosten-Analyse, Umweltrisikoeinschätzung und Raumwirksamkeitsanalyse) für die Dringlichkeit des Ausbaus von Staatsstraßen beschrieben.

Bürgermeister Kuhn schlägt vor, folgende Stellungnahme an den Regionalen Planungsverband Bayerischer Untermain abzugeben und an die Regierung von Unterfranken weiter zu leiten:

„7. Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Verkehrsmodell des Staatlichen Bauamtes, Aschaffenburg, wird deutlich, dass die Verkehrszunahme, insbesondere des Schwerlastverkehrs, auf der B47 bis 2025 erheblich zunehmen wird. Bereits jetzt ist die Verkehrssituation angesichts der engen Ortsdurchfahrt für die Anlieger an der B47 mit überdurchschnittlichen Lärmbelastungen verbunden und die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet.

Im Planentwurf erscheint uns der Umbau AS Kleinheubach B 469 /St2310 für 9,9 Mio. Gesamtkosten, der die Verkehrsströme direkt auf die B47 lenkt, besonders problematisch.

Die geplanten und tatsächlich vorgenommenen Verbesserungen der Verkehrsverbindungen von Stockstadt – Aschaffenburg – Miltenberg – bis Amorbach und gleichzeitig von Osterburken (A81) – Buchen – Walldürn – Rippberg bringen eine gewaltige Verkehrszunahme mit sich. Im Verkehrsmodell wird bis 2025 eine Zunahme der Verkehrsbelastung von Michelstadt nach Amorbach von 126 % prognostiziert.

Die Verkehrsbelastung für den Markt Schneeberg wird dadurch unerträglich. Die Verbindung B469 und B47, die den Wirtschaftsraum Aschaffenburg/Frankfurt und Heilbronn/Stuttgart direkt verbindet, darf nicht zur „Odenwald-Autobahn“ werden, die unmittelbar durch unsere Wohnort-gemeinde Schneeberg führt.

Dem aktuellen Planentwurf können wir erst zustimmen, wenn für die B47 im Bereich Weilbach-Amorbach-Schneeberg-Rippberg-Walldürn ein länderübergreifendes Gesamtkonzept der Verkehrsplanung vorliegt, das wesentliche Verbesserungen für unsere Ortsdurchfahrt gewährleistet.

Wir bitten den Planentwurf in geeigneter Weise zu verändern.“

Beschluss:

Die Mitglieder des Marktgemeinderates sind mit der vorgelegten Stellungnahme einverstanden.

Abstimmungsergebnis: Ja 12 Nein 0

Sachverhalt:

(zuletzt Sitzung am 02.02.2011, lfd.Nr. 0472)

1. E-Mail von Günter Adler, Rippberger Straße 10, 63936 Schneeberg

Der Gemeinde sowie den Mitgliedern des Marktgemeinderates liegt ein E-Mail von Günter Adler vom 01.03.2011 vor. Er schreibt:

„leider muss ich mich zum Thema Straßenzustand "Rippberger Straße" bei Dir melden. Die Situation hat sich hier nach der Winterperiode extrem verschlechtert und ist so nicht mehr tragbar. Die Unebenheiten, beginnend vom Anwesen Kern bis zum Anwesen Wöber, haben einen Zustand erreicht, der eine schnelle Reaktion auslösen sollte!

*Durch den Schwerlastverkehr werden die angrenzenden Häuser derart Erschütterungen ausgesetzt, dass Schäden an den Häusern entstehen. Da ein erneuern der Straßendecke sich kurzfristig** nicht realisieren lässt, sollte die Gemeinde sich Gedanken über eine Erweiterung der Tempo 30 Zone machen. Dies sollte möglich sein mit der Begründung auf die bereits "sichtbaren Straßenschäden". Ich bin gerne bereit dies auch bei einem Termin vor Ort mit Dir und dem Gemeinderat zu besprechen, denke aber jeder der diese Strecke mit offenen Augen befährt kann sich selbst ein Bild davon machen. Bitte informiere mich wie die Gemeinde sich zu diesem Thema stellt. Gruß Günter Adler. Der Verfasser dieser Mails meint mit kurzfristig: 4-6 Wochen.“*

2. Schreiben der Familie Hoffmann, Brustmann, Brauch und Özekli, Hauptstraße 1-5, 63936 Schneeberg

Der Gemeinde sowie den Mitgliedern des Marktgemeinderates liegt das Schreiben vom 11.02.2011 vor. Sie schreiben:

„hiermit beantragen wir den Kanaldeckel, von Amorbach kommend dorfeinwärts vor dem alten Anwesen Kuhn, anzuheben. Dieser Kanaldeckel ist eine Ursache der massiven Erschütterungen an unseren Häusern.

Wir hoffen auf eine schnelle Behebung bzw. Anhebung, damit wir wieder etwas ruhiger leben und vor allem ruhiger schlafen können. Die Vibrationen, verursacht hauptsächlich durch die LKWs, sind enorm. Unser aller Gesundheit ist dadurch sehr angegriffen.

Außerdem möchten wir noch an die Versetzung des 30er Schildes bei uns erinnern, das schon längst erledigt sein sollte.“

1. Bgm. Kuhn erklärt, dass die Zuständigkeit für eine Kanaldeckelanhebung bei der Gemeinde liegt, jedoch für die Reparatur der B47 das Straßenbauamt zuständig ist. Es ist bekannt, dass alle eine Erneuerung der Straßendecke in der Ortsdurchfahrt haben möchten und dass man nicht nur beim Staatlichen Bauamt Aschaffenburg vorstellig geworden ist, sondern auch der Bayerische Innenminister eingeschaltet wurde. Die Maßnahme ist in das Erhaltungs- und Bauprogramm aufgenommen und man hat beim Staatlichen Bauamt Aschaffenburg höchste Priorität eingeräumt. Wenn die entsprechenden Gelder dem Staatlichen Bauamt in Aschaffenburg zugewiesen werden, wird die Ortsdurchfahrt erneuert. Die Verteilung der Gelder an das Staatliche Bauamt Aschaffenburg für das Jahr 2011 wird Ende März bzw. Anfang April bekannt gegeben. Dann wird die Gemeinde informiert, ob die gewünschte Erneuerung der Oberfläche innerhalb der Ortsdurchfahrt in diesem Jahr durchgeführt werden kann.

Bürgermeister Kuhn ist der Meinung, dass eine teilweise Erneuerung wenig bringt, was eine Reparaturmaßnahme vor einigen Jahren im Bereich Rippberger Straße (Anwesen Pföhler/Adler) gezeigt hat. Mit der Kanaldeckelanhebung soll gewartet werden, bis eine Antwort vom Staatlichen Bauamt vorliegt.

3. Schreiben von Winfried Kemmerer, Rupert Weber, Frank Reichert und Elmar Dumbacher

Weiterhin wurde von Winfried Kemmerer, Rupert Weber, Frank Reichert und Elmar Dumbacher ein Vorschlag einer Transversale an der Gemeindeverwaltung am 02.03.2011 eingereicht und gebeten, dies zur Prüfung an das Staatliche Bauamt Aschaffenburg weiterzuleiten. Sie schreiben:

„anbei erhalten Sie unseren Vorschlag einer Transversalen Verkehrsanbindung. Die geplante Ortsumfahrung von Schneeberg betrachtet nur den Verkehr in der Gemeinde selbst. Demgegenüber ermöglicht eine Transversale die Lösung mehrerer Verkehrsprobleme des Landkreises. Durch einen weiteren Ausbau der B 469 von Trennfurt bis Kleinheubach wird sich die Verkehrsbelastung aller heute schon betroffenen Gemeinden erhöhen. Weitere Engpässe sind absehbar: Abzweigung nach Michelstadt, Verkehrsanbindung Bahnübergang Amorbach, Amorbacher Kreisel, Ortsdurchfahrten Weilbach, Eichenbühl. Eine weiträumige Umfahrung mittels der vorgeschlagenen Transversale kann den Verkehr aus Richtung Laudenbach so weiterführen, dass der Nord-Süd-Verkehrstrom flüssig durch den Südkreis fortgeführt werden kann. Die vorgeschlagene Trasse entlastet auch den stark befahrenen Tunnel der Miltenberg Umfahrung. Es entsteht ein zusätzlicher Nutzen für die Gemeinden Weilbach, Eichenbühl, Riedern, Rippberg, Amorbach und Breitendiel. Für die Gemeinden Eichenbühl und Riedern wäre dann auch eine Ausweichstrecke vorhanden und damit die Grundlage für eine Sperrung dieser Ortsdurchfahrten für den Schwerlastverkehr vorhanden. Uns ist bewusst, dass der Streckenverlauf einen starken Einschnitt in die Natur erfordert. Demgegenüber steht der Gewinn für die bereits erwähnten Gemeinden. Die diskutierte Trasse mit Tunnel durch das Zittenfeldener Tal stellt ja auch einen massiven Eingriff in die Natur dar und bringt für die Anwohner der erwähnten Gemeinden keine Entlastung. Wir bitten Sie, die Unterlagen zur weiteren Prüfung an das Staatliche Bauamt, Aschaffenburg, weiterzuleiten.“

1. Bgm. Kuhn zeigt die geplante Trassenführung vor Breitendiel bergseits Richtung Monbrunn und Wensdorf auf die Staatsstraße 2309 Richtung Walldürn und will den Vorschlag an den Leiter des Staatlichen Bauamtes, Aschaffenburg, weiterleiten.

4. E-Mail von Ewald Winkler, Kleiner Ring 3, 63936 Schneeberg

Ewald Winkler, im Auftrag des SPD Ortsvereins Schneeberg, schreibt mit E-Mail vom 12.03.2011:

“Betrifft: Verkehrsentslastung B47 Ortsdurchfahrt Schneeberg. Alternative für Ortsumgehung von Schneeberg mit Tunnel nach Lösungsmöglichkeit des Strassenbauamtes Aschaffenburg vom 06. Januar 2011:

Vorschlag: Eine Ost -Trasse ab der B469 zwischen Weilbach und Amorbach, verlaufend am Nordhang des Gotthardsberg, in östlicher Richtung. Zirka 7,5 km Gesamt, zur vorhandenen Höhenstrasse (St 2309 / L 518) Miltenberg / Walldürn. (Mögliche Anbindung zwischen dem Weiler Geisenhof und der Gemeinde Gottersdorf). Von dort weiterer Ausbau und Sanierung der vorhandenen Strasse, zirka 7,5 km bis zum Knotenpunkt Walldürn Nord.

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Anschluss an die Verkehrs-Gemeinderatsitzung am 02.02.2011 im Dorfwiesenhause, stellte mir der Leiter des Strassenbauamtes Aschaffenburg, Herr Norbert Biller die Frage, ob mir bekannt sei, wann und wie eine mögliche Strassenverbindung zwischen Weilbach und Amorbach, auf die Odenwaldhöhe Richtung Osten einmal geplant war. Ich sagte Herrn Biller, dass ich mich in dieser Frage kundig machen werde.

Aufgrund unserer Recherchen sandten wir am 16. Februar 2011 an Herrn Biller zwei detaillierte Mail-Informationen und nochmal am 02. März 2011 eine detaillierte Mail-Information über einen möglichen Trassenverlauf ab der B469 zwischen Weilbach und Amorbach, zur auf der Odenwaldhöhe in Nord - Südrichtung verlaufende Verbindungstrasse (St 2309 / L 518) Miltenberg - Walldürn.

In den Schreiben haben wir Herrn Biller, den Leiter des Strassenbauamtes und seinen Stellvertreter Herrn Zangl gebeten, diesen Vorschlag, diese Alternative zusätzlich zur Ortsumgehung Schneeberg mit Tunnellösung in die bauamtlichen Prüfungen mit aufzunehmen. Nach unserer Auffassung könnte diese neue Trasse, dieser Strassenverlauf, auch bei entsprechender Anbindung der B47, von Michelstadt kommend, bei entsprechender Beschilderung am Abzweig B47 / B469 die Ortsdurchfahrten von Schneeberg und Rippberg erheblich entlasten und deshalb der Bau von Ortsumfahrungen Schneeberg und Rippberg entfallen. Ebenso könnte möglicherweise

hierdurch die Ortsdurchfahrt von Eichenbühl bei entsprechender Beschilderung am Kreisel Kleinheubach, in Hardheim und in Walldürn eine nicht unbedeutende Entlastung erfahren. Diesen Vorschlag und unsere Auffassung haben wir Herrn Norbert Biller und Herrn Erhard Zangl in den o.g. Nachrichten am 16.02.2011 und am 02.03.2011 als prüfenswert mitgeteilt. Außerdem, so unsere Meinung, könnte diese vorgeschlagene neue Ost-Entlastungsstrasse möglicherweise nicht unerheblich auch zur Verkehrsentslastung in Amorbach (Debonstrasse / St 2311) beitragen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Erich Kuhn, hiermit stellen wir den Antrag, diese genannte Alternative für eine Entlastung der Ortsdurchfahrt B47 von Schneeberg in die Entscheidungsfindung und Prüfung mit einzubeziehen und an das Strassenbauamt Aschaffenburg, Herrn Biller und Herrn Zangl weiterzuleiten.“

1. Bgm. Kuhn sagt, er werde diesen Vorschlag ebenfalls zur Prüfung an das Staatliche Bauamt Aschaffenburg weiterleiten.

5. Vorschlag von Bürgermeister Kuhn, Schneeberg, in Absprache mit Bürgermeister Winkler, Eichenbühl

Ein weiterer Vorschlag sollte auch eine Transversale, beginnend in Walldürn auf der Staatsstraße 2009 über den Geisenhof bis zum Weißen Bild (in der Nähe von Schippach) bis zum Steinernen Berg auf die Straße zwischen Eichenbühl und Miltenberg geprüft werden.

1. Bgm. Kuhn sagt, dass diese Trasse auch eine Entlastung für die Gemeinde Eichenbühl bringen würde.

Weiterhin berichtet 1. Bgm. Kuhn, dass Landrat Roland Schwing mitgeteilt hat, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Staatlichen Bauämtern Aschaffenburg, Mosbach, Erbach und den Landräten der drei betroffenen Landkreise zu bilden, um ein grenzüberschreitendes Verkehrskonzept zu erarbeiten. Er denkt, dass dieser Arbeitsgruppe auch die Bürgermeister der hauptsächlich betroffenen Gemeinden angehören sollten.

TOP 491 Informationen - Anregungen - Anfragen

TOP 491.1 Kindergarten Regenbogen: Einweihung am 26.03.2011 und "Tag der offenen Tür" am 27.03.2011

Sachverhalt:

1. Bgm. Kuhn gibt bekannt, dass die Einweihung des Kindergartens Regenbogen am Samstag, den 26.03.2011, um 16 Uhr stattfindet. Des Weiteren lädt er alle Bürgerinnen und Bürger zum „Tag der offenen Tür“ am Sonntag, den 27.03.2011, von 11.00 bis 18.00 Uhr in den Kindergarten Regenbogen ein.

TOP 491.2 Verschmutzung auf dem Radweg Richtung Rippberg

Sachverhalt:

Ein Land- oder Forstwirt scheint mit seinem Fahrzeug von der Kehre an der Hambrunner Straße (Nähe der Familienkapelle) den Weg bis zum Radweg Richtung Rippberg gefahren zu sein. Dabei wurde der Radweg Richtung Rippberg furchtbar verschmutzt. Bürgermeister Kuhn sucht den Verursacher. Wer etwas beobachtet hat, sollte sich bitte bei ihm melden.

TOP **Friedhof Schneeberg**
491.3

Sachverhalt:

GR Wöber berichtet, dass viel Plastikmüll (Grablichter) in der Grube für Erd- und Pflanzenabfälle ist. Er regt an, an der Wasserstelle Plastikmülltonnen aufzustellen.

1. Bgm. Kuhn berichtet, dass derzeit Überlegungen zusammen mit dem Bauhof laufen, um eine andere Lösung für die Erde zu schaffen.

GR Speth regt einen Appell im Mitteilungsblatt an.

TOP **Bürgerfragestunde**
491.4

Sachverhalt:

(zuletzt Sitzung am 16.03.2011, lfd.Nr. 0490)

Elmar Dumbacher kommt noch einmal zurück auf seinen Vorschlag vom 02.03.2011 und erinnert an die Mehrwertlösung. Aus diesem Grund entstand ihr Vorschlag, vor Breitendiel Richtung Monbrunn die Trasse zu planen. Es erscheint ihnen vernünftiger, einen etwas größeren Einschnitt in die Natur zu machen, als fünf Mal irgendwo etwas Kleines zu machen. Entlastet würden Teile von Hardheim, Breitendiel, die schon mit 400 Unterschriften eine Lärmschutzwand gefordert haben, Weilbach, Amorbach, Schneeberg und Rippberg. Er bittet das Staatliche Bauamt um eine ernsthafte Prüfung. Er übergibt einen Zeitungsartikel aus der Fachzeitschrift „Transaktuell“, der seinen Vorschlag unterstreicht und die Möglichkeit aufzeigt, wie Lkw – Verkehr zwangsgelenkt werden kann.

Wolfgang Brauch sagt, dass der Kanaldeckel angehoben werden muss. Sollte der Belag erst in einem halben Jahr kommen, dann sind sie alle in „Lohr“. Die Gemeinde sollte sich stark machen, dass der Übergang zum Kanaldeckel geteert und die 30 km/h-Zone ausgeweitet wird. Er versteht nicht, warum man so lange wartet und fordert die Kontrolle der 30 km/h-Zone.

GR Loster berichtet, von einem Anruf beim Landratsamt Miltenberg, Herrn Hennig. Dieser hat gesagt, dass die Stellungnahme von Staatlichen Bauamt noch fehlt. Sie bittet darum, noch einmal bei Herrn Hennig nachzufragen.

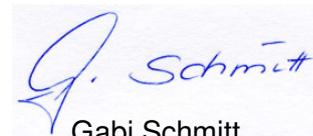
Frank Reichert findet es verwunderlich, dass die Begrenzung auf 30 km/h für LKWs nicht kommt, obwohl die Grenzwerte nachts überschritten sind. Alle Kanaldeckel müssen angehoben werden wenn der neue Straßenbelag kommt. Der Ausbau des Kreisels in Kleinheubach ist noch Nacharbeit der Umgehungsstraße Miltenberg.

1. Bgm. Kuhn sagt, die Erneuerung des Straßenbelages für die Ortsdurchfahrt habe für ihn höhere Priorität als die Erweiterung der 30 km/h Zone und die Einführung von 30 km/h für LKWs bei Nacht.

Mit Dank für die rege Mitarbeit schließt 1. Bürgermeister Erich Kuhn um 20:08 Uhr die öffentliche Sitzung des Gemeinderates.



Erich Kuhn
1. Bürgermeister



Gabi Schmitt
Schriftführer/in